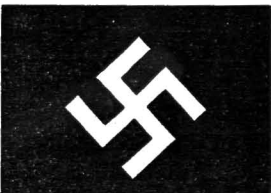


Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Deutschen Steinarbeiter-Verbandes

Schriftleitung und Versandstelle: Berlin W 9, Königin-Augusta-Straße 12 (Sinterhaus)
 Fernruf Lügow 5583/84 / Erscheint wöchentlich / Bezugspreis: Vierteljährlich 2,50 RM.
 Bestellungen nur durch die Post / Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch unsere
 Versandstelle finden nicht statt



Anzeigengebühr: Die 6 gespaltene Zeile 1.25 RM. / Aufnahme nur bei vorheriger
 Gebühreneinsendung auf Postfach Berlin NW Nr. 10069: Deutscher Steinarbeiter-
 Verband, Berlin W 9, Königin-Augusta-Straße 12 (Sinterhaus) / Blattschluß ist
 Sonnabends vormittags

37. Jahrgang

Berlin, den 26. August 1933

Nummer 34

Philosophie der Straße

Schon allein deshalb muß sie jedem braven Stein-
 arbeiter interessieren; denn er baut ja die Straße und
 deshalb ist er, wenn auch auf dem Umweg über die
 Fußsohlen, mit dieser Philosophie, die oft recht seltsame
 Blüten treibt, eng verbunden. Das soll kein Spott sein,
 denn es ist unbestreitbar, daß ein Paar gute Füße besser
 sind, als ein schlechter Kopf. Auch wieder kein Spott
 — bestimmt nicht!

Noch besser ist es, wenn man gute Füße und einen
 guten Kopf hat; dann kann man mit dem mechanischen
 Pflastertreten die Einschaltung der Gehirnanterie
 verbinden und — das Pflastertreten wird plötzlich zur
 Quelle heiterer Erfahrungen, die die Luft am Leben
 heben, oder zur Ursache eines tiefen Grimmes, der sich
 in einem Prickeln in den Handflächen äußert, in einem
 fast nicht zu unterdrückenden Verlangen, seine Hand-
 flächen so unsanft wie nur irgend möglich in das Ge-
 sicht seines lieben Mitmenschen zu legen — also sagen
 wir schon auf gut Deutsch: Ohrfeigen auszuteilen.

In beiden Fällen ein Erlebnis. Im ersten Fall ein
 angenehmes Erlebnis: Wenn die Lachmuskeln zu tun
 bekommen, lebt der ganze Körper auf, die gute Laune
 überträgt sich auf den Geist, man wird — kurz gesagt
 — ein besserer Mensch, der es sich und den anderen leicht
 macht, die Hühnerleiter, genannt Leben, angenehm zu
 finden.

Im zweiten Falle ein unangenehmes Erlebnis: Man
 ist versucht, das Prickeln in den Handflächen in die Tat
 umzusetzen — und scheitert meist an seiner angeborenen
 Wohlstandigkeit. Es sieht ja schließlich auch nicht
 sehr schön aus, wenn man seine gute alte Hand in so ein
 schäbiges Ohrfeigen Gesicht hineinlegt. Dann will man
 als sparsamer Staatsbürger auch nicht unnötig Polizei-
 beamte und Gerichte beschäftigen, so von wegen: „Ihre
 Personalien, das übrige wird sich finden!“

Nun wird der Leser fragen: Was haben Ohrfeigen
 mit Philosophie zu tun?

Langsam! Kommt noch!

Ich sagte ausdrücklich: Philosophie der Straße!

Schauplatz: Ein Buddelplatz, also eine Straße, die auf-
 gerissen und neu gepflastert wird.

Personen: Eine Anzahl Pflasterer und sonstige Stra-
 ßenarbeiter.

Zeit: 6 Monate nach Übernahme der Reichskanzler-
 schaft durch Adolf Hitler.

Man muß nicht gerade ein geborener Berliner sein,
 um auch einmal an einer solchen Buddelstelle stehen zu
 bleiben. Solche Anwandlungen hat manchmal auch ein
 gewöhnlicher Sterblicher.

Gerade wird die Betondecke mit dem Preßluft-
 hammer am Ende der Buddelstrecke aufgerissen, wäh-
 rend am Anfang schon neu gepflastert wird. — Ein

Graubart wirft die aufgerissenen Betonstücke auf einen
 Lastwagen und mault vor sich hin:

„Mehr kann der Hitler wahrscheinlich auch nicht:
 Aufreißen und zerstören, das ist die ganze Kunst.“

Wer kann es mir ernstlich übel nehmen, daß dieses
 seltsame Prickeln sich in den Handflächen meldete?
 Aber ich bin noch Vorkriegsware! Und Kriegsteil-
 nehmer! Das heißt soviel wie: Achte das Alter und
 vor einem grauen Haupte sollst du dich erheben!

Ich unterdrücke also die Angriffswelle in meiner
 Handfläche und knöpfe mir den Alten vor:

„Alterchen, hast du das wirklich gesagt oder nur un-
 vorsichtigerweise laut gedacht?“

Er sprach nur ein paar kurze Sätze auf Abzahlung,
 das heißt, er stotterte etwas vor sich her und bekam
 einen roten Kopf, was mich wieder zu einer Frage
 anregte:

„Alterchen, bist du vorher auch schon rot gewesen
 oder...“

„Ja, ich war 35 Jahre in der SPD.“ — war die
 Antwort.

So genau wollte ich das nun nicht gerade wissen.
 Aber nun war es einmal heraus — und da kannst
 du machen.

„Seit wann hast du denn wieder Arbeit, Alterchen“,
 fragte ich weiter.

„Seit 3 Monaten, vorher habe ich 3 Jahre ge-
 stempelt“, war die Antwort.

Bis hierher ging es ganz philosophisch zu; jetzt aber
 packte mich doch eine ganz gewöhnliche Sauwut.

„Sag, Alterchen, warum quatscht du denn dann sol-
 chen Unsinn! Drei Jahre warst du Stempelingenieur
 von Gnaden der Republik; nun, nachdem Hitler ein
 halbes Jahr am Regieren ist, hast du bereits seit 3 Mo-
 naten ehrliche Arbeit! Und dann maulst du noch?“

Wie gesagt: Vor einem grauen Haupt usw. Ich regte
 mich ab und gab wieder der Philosophie den Vorzug:

„Alterchen, in deiner verbohrtten Blödsinnigkeit hast du
 doch ein wahres Wort gesprochen, jawohl: Aufreißen
 kann Hitler! Deutsche Herzen aufreißen wie einen
 guten Acker, um ihn ausnahmsfähig zu machen für eine
 reiche Saat, die unsere Kinder ernten werden. — Und
 zerstören kann Hitler! Haß zwischen Volksgenossen zer-
 stören, Arbeitslosigkeit zerstören, Minderwertigkeits-
 komplexe des deutschen schaffenden Menschen zerstören,
 eine ganze Welt der verlogenen Illusionen zerstören
 — das konnte Adolf Hitler! Ist das keine Kunst,
 Alterchen?“

Und ganz zaghaft kam eine leise Gegenfrage:

„Wird er das wirklich können...?“ — — —

Gott segne dich, du graues Haupt, für diese erste
 Zweifelsfrage. Sie ist ein Beweis dafür, daß du noch
 nicht ganz verkalft bist, daß du beginnst, die 35 Jahre

alten Gipsverzierungen, die deine blödsinnige SPD
 dir um Herz und Seele zog, abzuwerfen, damit wieder
 die darunterliegende deutsche Front zum Vorschein
 kommt — — —

Das Krabbeln in der rechten Handfläche war ver-
 schwunden. Ich reiche dem Alten die Hand:

„Alter, armer Arbeitsbruder! 35 Jahre lang hast
 du an Hanswürste geglaubt, die dich nach einem arbeits-
 reichen Leben zum Stempelbruder degradierten.
 Warum glaubst du nicht an den Mann, der dir binnen
 3 Monaten Arbeit beschaffte?“

„Ich möchte ja so gern, aber...“

„Aber! Aber es sitzt noch soviel Dreck an deiner
 guten, alten deutschen Seele, nicht war? Schmeiß den
 Dreck von dir und lade ihn meinetwegen hier zwischen
 die Betonstücke ab und dann — fort mit Schaden!“

Noch ein Händedruck! Ein gutes Aufleuchten der
 Hoffnung in den blauen Augen des Alten; es schien,
 als grüße ein heimliches, zaghaftes und doch hoffnungs-
 frohes: „Heil Hitler!“ aus diesem Blick.

Ich ging weiter. Die Ohrfeigenanwandlung war
 ganz verschwunden. Und es war gut so!

Krachendes Rammen tönt vom anderen Ende der
 Baustelle. Langsam schlenderte ich vorbei. — Plötzlich
 spitzte ich meine Ohren.

Zu dem taktmäßigen Rammen ertönte ein Kehrraum
 in so herzerfrischendem Deutsch, daß es ein Mißver-
 ständnis gar nicht geben konnte:

„Haut se, haut se,
 haut se in die Schnauze!“

Ich konnte eine teilnehmende Frage nicht unter-
 drücken:

„Wen denn?“

Und mit lachendem Mund antwortete einer der Kerls:

„Ach, bloß die ollen Sozis und Kozis!“

So, so!

In tiefem Sinnen ging ich weiter! Was es doch für
 rohe Menschen gab! Die armen Sozis so zu vertrim-
 men! Diese lieben Leute, die doch nichts weiter getan
 haben; nichts weiter, als das deutsche Volk zu Schön-
 heit und Würde zu führen; die jedem Deutschen ein
 Huhn in den Topf praktizieren wollten; die uns vom
 Kapitalismus frei machen wollten; die uns den Him-
 mel auf Erden bereiten wollten; die uns Freiheit,
 Gleichheit und Brüderlichkeit bringen wollten; die
 uns...

Komisch, daß ich plötzlich lachen mußte bei soooo
 ernsten Sachen! Oder nicht?

Na, egal, ich lachte plötzlich so laut, daß aus dem
 Nebenhaus ein Nervenarzt gelaufen kam und mir
 menschenfreundlich seine Hilfe anbot.

Und er wird sich heute noch wundern, weil ich ihm
 ziemlich derb auf die Schultern schlug und zu ihm sagte:

„Mensch, Mensch, hast du 'ne Ahnung, was Philoso-
 phie der Straße ist?“

Piontek, Verbandsleiter.

Deutsche Arbeitsfront, ständischer Aufbau und NSD

Von Hans Biallas

Geschäftige Literaten sind gerade in den letzten
 Monaten eifrig bemüht, Zerrbilder von dem zu ent-
 werfen, was neu vom Nationalsozialismus geschaffen
 wurde und noch mehr von dem, was er noch aufbauen
 will. Der herrlichste Sieg der nationalsozialistischen
 Revolution war die Vernichtung des Klassenkampf-
 geistes durch die Gründung der Deutschen Arbeitsfront.
 Das hohe Ziel ist die Schaffung einer ständischen Glie-
 derung der Wirtschaft, die wir „ständischer Aufbau“
 nennen, in einem geeinten, starken Deutschland. Gerade
 der ständische Aufbau hat eine Flut von Mißverständ-
 nissen und falschen Deutungen über sich ergehen lassen
 müssen. Gerade hier pflegt sich die liberalistische Un-
 fähigkeit verkalfter Schreibtischstrategen auszutoben.
 Langatmige Broschüren und überkluge Leitartikel

sollen angeblich dazu dienen, diese Begriffe zu klären.
 Praktisch wird damit jedoch nur erreicht, daß die Hirne
 der Leser verwirrt werden, und daß der Volksgenosse,
 der vertrauensselig genug war, neues Wissen aus
 diesen Quellen schöpfen zu wollen, nachher erst recht
 nicht Bescheid weiß. Ja, man kann sich manchmal des
 Eindrucks nicht erwehren, als würde von manchen
 Seiten mit Fleiß dazu beigetragen, die Begriffe durch-
 einander zu bringen. Ich glaube nicht zuviel zu sagen,
 wenn ich behaupte, daß man unter tausend Volksgen-
 ossen kaum einen findet, der die Frage: „Was ist der
 ständische Aufbau?“ klar und knapp beantworten
 kann. Fragt man einen zünftigen Nationalökonom,
 so kann man aus dem erdrückenden Wust von gelehr-
 testen Fachausdrücken gewöhnlich nur das eine Positive

entnehmen, daß er eben nur weiß, daß er nichts weiß.
 Das Studium der Nationalökonomie befähigt durch-
 aus nicht ohne weiteres, das Verständnis für wirt-
 schaftliche Zusammenhänge zu fördern.

Es ist wohl erklärlich, daß in einer Zeit, in der alle
 Begriffe des politischen, wirtschaftlichen und kultu-
 rellen Lebens revolutionär umgestaltet werden, viele
 Volksgenossen mit der vorwärtsschreitenden Entwick-
 lung nicht mitkommen. Gerade deshalb ist Aufklärung
 und Schulung des Volkes dringendstes Gebot. Noch ist
 alles im Werden, noch fließt und verändert sich täglich
 so manches, das einst, im liberalistischen Zeitalter als
 Dogma galt. Adolf Hitler hat das Wort geprägt:
 „Von der Revolution zur Evolution“. Die Revolution
 schuf die Voraussetzungen für die jetzt beginnende Ent-
 wicklung. Diese Entwicklung kann jedoch nur von denen
 verstanden und vorwärtsgetrieben werden, die als
 nationalsozialistische Revolutionäre das Ziel kennen,
 zu dem sie hinstreben und das sie — allen Wider-
 ständen zum Trotz — erreichen werden. Man kann

jedoch nicht nationalsozialistischer Revolutionär sein, wenn man den Nationalsozialismus nicht kämpferisch erlebt hat. Im Kampfe nämlich gegen die Mächte des Liberalismus — Margismus und der Reaktion. Man muß aber auch den letzten Funken dieses Denkens in sich ausgelöscht haben. Dann braucht das Verständnis für die Fernziele nationalsozialistischen Wollens nicht wie ein klägliches Gewächs sich an einem starken Baume emporwinden, sondern steht selbst als mächtiger Stamm auf dem Boden der nationalsozialistischen Weltanschauung.

Als einst Adolf Hitler das Programm der NSDAP verkündete, waren seine ersten und uneigennützigsten Vorkämpfer die Vertreter der Frontgeneration, die das Erlebnis des Weltkrieges zum Verständnis der Volksgemeinschaft erzogen hatte. Aber auch die deutsche Jugend erwarb sich zuerst das Verständnis für die großen Gedanken unseres Führers, denn sie war noch unbefangen und unvoreingenommen von liberalistischer oder marxistischer Denkungsweise. Beide erkannten so im Programm der NSDAP, die einfachen und klaren, felsenfesten Fundamente einer neuen, herrlichen Weltanschauung. Niemals war sich ein echter Nationalsozialist im unklaren über das Fernziel, dem Adolf Hitler und seine Bewegung zustrebten. Unbeirrt durch Tagesfragen oder taktische Maßnahmen sah er immer das große Ziel vor sich. Wohl aber redeten die anderen, die blutmäßig nicht folgen konnten, oder denen eine falsche politische Erziehung die Köpfe vernebelt hatte, nur von „Unklarheiten“ unseres Programms, und die, welche wirklich vielleicht besten Willens waren, versammelten sich durch ihr Unverständnis den einzigen Weg, in das Wesen des Nationalsozialismus einzubringen — indem sie kopfschüttelnd beiseite standen — und nicht im Kampfe mit Stirn und Faust sich durch eigenes Erlebnis das Verständnis erwarben.

Heute sind wir durch Bildung der Deutschen Arbeitsfront und durch die Vorbereitung des ständischen Aufbaues dem Ziel ein gutes Stück nähergekommen. Jetzt heißt es Schulung und abermals Schulung des ganzen deutschen Volkes zur Erkenntnis des Wesens dieser Dinge, die — wie jede große Wahrheit — so ungeheuer klar und einfach in ihrem Wesen sind. Wir dürfen nie wieder dahin kommen, daß, wie in früheren Zeiten, der größte Teil des Volkes ohne Interesse am Aufbau des Staates in wirtschaftlicher, politischer oder kultureller Beziehung grollend abseits steht.

Erschreckend ist immer wieder die Unkenntnis weiterer Kreise von der Organisation der Deutschen Arbeitsfront, dem Wesen des ständischen Aufbaues und der Aufgabe der NSBO. Diese Unkenntnis wird durch Reden und Schreiben Unbefugter nicht beseitigt, sondern die Verwirrung wird nur vermehrt. Gewöhnlich wird alles großzügig mit glücklicher Ahnungslosigkeit durcheinandergemengt. Oft genug hat Schreiber dieser Zeilen erleben müssen, daß Arbeitsfront und ständischer Aufbau in einen Topf geworfen wurden, oder daß NSBO und Verbände immer wieder miteinander verwechselt werden. Und das nicht etwa nur von der breiten Masse, sondern auch von solchen Volksgenossen, die auf Grund von Vorbildung und der ihnen gewordenen Erziehung hätten Bescheid wissen müssen.

Wir wollen hier einmal die drei Begriffe „Arbeitsfront“, „Ständischer Aufbau“ und „NSBO“ in einfachen, allgemeinverständlichen Ausführungen ohne alle verwirrenden Nebensächlichkeiten in ihren großen, klaren Formen darlegen.

Die Deutsche Arbeitsfront

Der Grundgedanke der „Deutschen Arbeitsfront“ ist die Überwindung des Klassenkampfes. Die deutschen Gewerkschaften wurden in den 60 Jahren ihres Bestehens immer mehr zum feststehenden Bollwerk der marxistischen Klassenkampfparteien. Am 2. Mai d. J. übernahm das „Aktionskomitee zum Schutz der Deutschen Arbeit“ die Führung der „Freien“ Gewerkschaften. Damit war tatsächlich die letzte marxistische Hochburg erstürmt, und die Hoffnung der Feinde eines geeinten Deutschland, daß die marxistischen Gewerkschaften ewig die letzte Säule der Sozialdemokratie sei, war endgültig dahin. Nach Umbildung des Aktionskomitees zur Deutschen Arbeitsfront wurde deren Aufgabenkreis ungeheuer erweitert.

Die Deutsche Arbeitsfront ist heute die Organisation aller Schaffenden. In ihr sind vereinigt:

1. alle Arbeiterverbände im „Gesamtverband der Deutschen Arbeiter“,
2. alle Angestelltenverbände im „Gesamtverband der Deutschen Angestellten“,
3. alle Unternehmerverbände in einer noch zu schaffenden Organisationsform.

Hiermit ist ein langgehegter Traum aller ehrlichen deutschen Gewerkschaftler in Erfüllung gegangen. Aber die Köpfe der großen und kleinen Bonzen hinweg, die sich niemals zu einer Zusammenlegung ihrer Verbände und Verbändchen entschließen konnten, hat vor allem

die Deutsche Arbeitsfront das große Werk der Einigung der deutschen Arbeiter- und Angestellten-Gewerkschaften vollbracht. Es gibt keine „Freien“, keine „Christlichen“, keine „Gelben“ und „Hirsch-Dunderstern“ Gewerkschaften mehr; es gibt nur noch die beiden Gesamtverbände der deutschen Arbeiter und Angestellten, die organisch gegliedert, jede zerstörende oder hemmende Streiterei konkurrierender Gruppchen ausschalten.

Die Vereinigung von Arbeitern, Angestellten und Unternehmern macht die Deutsche Arbeitsfront zu einer einzigartigen Organisation in der ganzen Welt. Heute schon sieht das Ausland mit Bewunderung auf die unerhörte und doch so einfache Lösung, wie Klassenkampf und Klassenhaß, die unausrottbar schienen, beseitigt wurden.

Die Aufgaben und Ziele der Deutschen Arbeitsfront sind also mit wenigen Sätzen zusammenzufassen:

Vernichtung des Klassenkampfes.

Erfassung eines jeden schaffenden Volksgenossen, gleichgültig ob Arbeiter, Angestellter oder Unternehmer, in der ihm zukommenden Berufsorganisation. (Wohlgemerkt ist dies ein Fernziel, das nur im Laufe der organischen Entwicklung erreicht werden kann.)

Die Arbeitsfront stellt die berufliche Gliederung des deutschen Volkes dar. Sie erfasst die Einzelperson.

Die Deutsche Arbeitsfront wird einst Trägerin der Sozialversicherung sein.

Ihr obliegt vor allem die weltanschauliche Schulung des schaffenden Volkes und seine berufliche Erziehung und Fortbildung. Ein Schritt auf diesem Wege bedeutet z. B. die Eingliederung des „Dinta“ (Deutsches Institut für Nationalsozialistische Technische Arbeitsforschung und -Schulung) in die Deutsche Arbeitsfront.

Bei Beginn ihrer Arbeit fand die Deutsche Arbeitsfront einen Riesenapparat vor, der teilweise finanziell katastrophal darniederlag und dessen ungeheure Korruptionsercheinungen zum Himmel stanken. Ohne Unterbrechung der praktischen Verbandsarbeit ist es gelungen, ein Fundament zu legen, das stark und fest den wachsenden Bau tragen kann.

Der ständische Aufbau

Seit Jahren wird über dieses Kapitel das unmöglichste und unklarste Zeug geschrieben. Wenn jemand ganz besonders schlau sein will, so redet er gedankenlos von Stände- oder Berufskammern, und meint damit, das Wesen des ständischen Aufbaues gekennzeichnet zu haben. Ich nehme das Programm der NSDAP, Punkt 25, zweiter Absatz: „Wir fordern... die Bildung von Stände- und Berufskammern usw.“. Wer das gelesen hat und dem Wörtchen „und“ Beachtung schenkte, kann niemals Gefahr laufen, Arbeitsfront und ständischen Aufbau zu vermengen. Den Begriff der Berufskammern erfüllt heute die Deutsche Arbeitsfront. Die Ständekammern sind der ständische Aufbau. Die Arbeitsfront ist die berufliche Gliederung des deutschen Volkes, der ständische Aufbau seine wirtschaftliche. Die Arbeitsfront organisiert die Menschen der verschiedenen Berufsgruppen, der ständische Aufbau vereinigt die Betriebe einer Gruppe oder noch besser — eines Standes.

Der einst durchgeführte ständische Aufbau stellt die wirtschaftliche Selbstverwaltung des Deutschen Volkes dar, die vom Staat lediglich kontrolliert wird.

Erkennt man dies, so wird einem der ganze Unsinn und die hornierte Begriffsverwirrung des liberalistischen Zeitalters klar, das von „Bürgerstand“, „Arbeiterstand“ oder viertem und fünftem Stande sprach — oder wenn alte Tanten beiderlei Geschlechts die Köpfe zusammensteckten und murmelten: „Der hat unter seinem Stande geheiratet.“ Das ist kein ständisches Denken, sondern Kastengeist und Klassendünkel!

Das, was als Fernziel des ständischen Aufbaues genannt wurde, wird, ehe es die ganze Wirtschaft neu geformt hat, noch manche Zwischenlösung erfahren müssen, denn es ist natürlich mit bestehenden Organisationsformen zu rechnen. Auch hier wäre nichts verkehrter und schädlicher für das deutsche Volk und seine

Wirtschaft, wollte man an einem Tage etwas tun, was seine Jahre — vielleicht Jahrzehnte — ruhiger, organischer Entwicklung braucht.

Die NSBO.

Nach Errichtung der Deutschen Arbeitsfront war vielfach die Ansicht verbreitet, daß nun die NSBO überflüssig sei. Das Gegenteil ist der Fall. Die Aufgaben der Nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation sind heute wichtiger denn je. Bei dem, der meint, daß die NSBO nicht mehr notwendig sei, dürfte oftmals der Wunsch der Vater des Gedankens sein.

Was waren die Aufgaben der NSBO., und was sind sie heute?

Die NSBO. wurde gegründet als die politische Kampftruppe des Nationalsozialismus in den Betrieben. Sie war keine neue „Gewerkschaft“. Die NSBO. wollte durchaus kein Konkurrenzunternehmen zu den bestehenden Gewerkschaften sein. Ihre Arbeit beschränkte sich lediglich darauf, die Arbeiter und Angestellten nationalsozialistisch zu machen. Mitglieder der NSBO. konnten nur Arbeiter und Angestellte werden; also Volksgenossen, die unter das Arbeitsrecht fielen. Nicht aber Unternehmer oder Beamte. Die Zersplitterung der deutschen Arbeiter und Angestellten in Gewerkschaften verschiedenster „Richtungen“ war zu groß, als daß es noch zu verantworten gewesen wäre, sie um eine neue „Konkurrenz-Gewerkschaft“ zu vermehren. Wohl war die NSBO. zuweilen gezwungen, sich auch der wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder anzunehmen. Die alten Gewerkschaften pflegten die Zugehörigkeit eines ihrer Mitglieder zur NSBO. mit Ausschluß zu ahnden. Dadurch war fast jedem NSBO.-Mitglied die Möglichkeit genommen, sich bei Lohnstreitigkeiten und ähnlichen Fragen durch die zuständigen Gewerkschaften vertreten zu lassen. Deshalb mußte hier trotz aller Schwierigkeiten, die ihr damals noch durch den bekannten § 11 des Arb.Ges.Ges. gemacht wurde, die NSBO. einspringen. Dazu kam noch, daß die alten Gewerkschaften häufig genug versagten, was aus ihrer engen Verbundenheit mit dem verflochtenen liberalistischen System durchaus erklärlich war. Deshalb hatte auch die NSBO. bei den Streikämpfen des vergangenen Jahres die Führung übernommen — und dadurch das von marxistischer Seite krampfhaft geförderte Mißtrauen, als sei die NSBO. eine „Gelbe“ Angelegenheit, restlos beseitigt.

Einst waren die Betriebe die Hochburgen des Margismus. Dem opferwilligen und planmäßigen Aufklärungsfeldzuge, den die nationalsozialistischen Betriebspioniere in fast dreijähriger Arbeit durchführten, war es zu verdanken, daß dieses Bollwerk erschüttert wurde. Wir können heute wohl sagen, daß ohne den feinen Terror und keine Entlassung scheuenden Kampfesmut der NSBO.-Mitglieder niemals der 2. Mai möglich gewesen wäre, denn so wie die SA. die Straßen erobert hat, so hat die NSBO. die Betriebe gestürmt. Aus der NSBO. wurden die neuen Führer der geeinten deutschen Arbeiter- und Angestelltenverbände ernannt, und sie ist auch weiterhin das große Rekrutendepot für die Deutsche Arbeitsfront.

Eine rücksichtslos durchzuführende Säuberungsaktion wird demnächst die Reihen der NSBO. nochmals aufs Schärfste sieben, damit sie als kleine, aber schlagkräftige Truppe weiterhin ein scharfes Schwert in der Hand ihrer Führer darstellt.

Damit ist auch die Zukunftsaufgabe der NSBO. umrissen: Sie soll das Kontrollorgan der nationalsozialistischen Bewegung für die Deutsche Arbeitsfront sein und darüber wachen, daß überall die nationalsozialistische Linie — in Betrieben und Verbänden — gewahrt bleibt. Die NSBO. wird solange bestehen, bis der große nationalsozialistische Staatsaufbau vollendet ist, wie er im Programm der NSDAP. ausgezeichnet ist. Auch für die Aufgabe, die sich die NSBO. damit gestellt hat, gilt das, was in den Satzungen der NSDAP. von ihrem Parteiprogramm gesagt ist:

„Dieses Programm ist unabänderlich. Es findet seine Erledigung nur durch seine Erfüllung.“

Siegesfahnen über Ostpreußen u. Arbeitsmarktbericht

NSK Königsberg frei von Arbeitslosen — der Sieg über die Arbeitslosigkeit ist in Ostpreußen damit errungen. Das Volk flaggt die Häuser für die gewonnene Friedensschlacht.

Diese Siegesfreude ist berechtigt, der Stolz begründet, denn mit Ostpreußen ist eine Provinz der Not entrissen worden, deren wirtschaftliches Elend außerordentlich groß und mit Gefahren verbunden war.

Die Freude über den Sieg aber — und das ist das Kennzeichen des klaren, zielbewussten Willens der mit dem Nationalsozialismus in Deutschland eingezogen ist — schwächt die Aktivität des Kampfes nicht ab, sondern steigert sie weiter. Jetzt gilt es die Position zu halten und Arbeit und Brot zu dauernden Kennzeichen Ostpreußens zu machen.

Die Aufrufe des ostpreußischen Oberpräsidenten Koch sprechen von dem Willen, nicht locker zu lassen und wachsam jeden Versuch des grauen Feindes der Arbeitslosigkeit, in Ostpreußen wieder Fuß zu fassen, mit Energie niederzudrücken.

Wenn dieser zähe Wille sich ebenso durchsetzt wie der gewaltige ostpreußische Ansturm auf die Arbeitslosigkeit, dann wissen wir, daß Ostpreußen in diesen Tagen nicht umsonst geflaggt hat.

Ganz Deutschland sieht mit Stolz auf das ostpreußische Beispiel. In allen Ecken des Reiches ist mit derselben Energie heute der Kampf im Gange, der im Osten bereits zum Sieg geführt hat und der Tag wird kommen, an dem nicht nur Ostpreußen, sondern ganz Deutschland die Häuser schmücken wird, um den Sieg der größten Friedensschlacht, die die Weltgeschichte kennt, zu feiern.

Aus dem „Reichsarbeitsmarkt-Anzeiger“ entnehmen wir folgendes:

Die Arbeitsmarktlage war im allgemeinen uneinheitlich, zeigte aber weitere Tendenz zur Besserung.

Steinbrüche: In Schlesien waren die Steinbrüche fast in allen Arbeitsamtsbezirken gut beschäftigt. Starke Nachfrage bestand nach geübten Steinschlägern. In Brandenburg hat der Beschäftigungsgrad im Steinmegewerbe eine geringe Besserung erfahren. In Pommern bestanden insbesondere gute Unterbringungsmöglichkeiten für Steinschläger; so konnten beispielsweise im Bezirk Greifswald sämtliche Steinschläger vermittelt werden. In Niedersachsen wurden allgemein noch Einstellungen vorgenommen. Auch die Steinbruchbetriebe in Westfalen haben durch die Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms einen weiteren Auftrieb erfahren; es konnten noch zahlreiche Neueinstellungen getätigt werden. Die Hartsteinindustrie (Arbeitsamtsbezirk Kreuznach), Basaltindustrie (Arbeitsamtsbezirk Neuwied) und Basaltlavaindustrie (Arbeitsamtsbezirk Mayen) sind weiter gut beschäftigt. Kleinere Steinbrüche waren ebenfalls aufnahmefähig. Die Ruhrlandsteinbrüche (Arbeitsamtsbezirk Essen) waren gut beschäftigt. In Hessen war die Basaltindustrie weiter aufnahmefähig. Einstellungen wurden insbesondere in den Arbeitsamtsbezirken Limburg (400 bis 500), Kassel (250), Treysa (74), Dillenburg (30) vorgenommen. In den Arbeitsamtsbezirken Fulda und Gießen wechselten Neueinstellungen mit Entlassungen. Entlassungen wurden vorgenommen von der Grabsteinindustrie (Arbeitsamtsbezirk Darmstadt). In Mitteleuropa hat die gute Beschäftigung im allgemeinen angehalten. In Sachsen waren die ostfälischen Steinbrüche (Arbeitsamtsbezirke Kamenz und Wurzen) und die Hartsteinindustrie (Arbeitsamtsbezirke Wurzen und teilweise Grimma) weiter gut beschäftigt. Günstig war die Beschäftigungslage in den Steinbrüchen weiter in den Arbeitsamtsbezirken Annaberg, Aue, Auerbach, Döbeln, Flöha, Glauchau, Löbau, Meißen, Mittweida, Reichenbach, Delsnig, Oschatz und Riesa. In Bayern waren die Steinbruchbetriebe, insbesondere die Basalt- und Granitsteinbrüche sowie die Schotterwerke, weiterhin aufnahmefähig.

Ein Dank Schuhmanns

Vom Amt für Propaganda des Gesamtverbandes der Deutschen Arbeiter wird mitgeteilt:

Dem Führer des Gesamtverbandes der Deutschen Arbeiter, Walter Schuhmann, M. d. R., sind anlässlich seiner Berufung zum Preussischen Staatsrat aus dem In- und Auslande, insbesondere aus Kreisen deutscher Arbeiter, unzählige Glückwünsche zugegangen, in denen immer wieder zum Ausdruck gebracht wurde, wie sehr die deutschen Arbeiter in der Berufung Schuhmanns eine Ehrung des deutschen Arbeiters überhaupt erblickten. Staatsrat Walter Schuhmann dankt auf diesem Wege für die Glückwünsche auf das aufrichtigste.

Schluss mit Schwarzarbeit!

In einer Amtswalterbesprechung wendete sich der Stellv. Führer des Gesamtverbandes der Deutschen Arbeiter, Ludwig Bräuer, auf das Schärfste gegen die Schwarzarbeit. Wer Schwarzarbeit leistet, vergibt oder annimmt, dabei auch noch oft öffentliche Unterstützungen missbräuchlich beansprucht, versündigt sich am Allgemeinwohl, schädigt die Wirtschaft und Gewerbe und vergeht sich an den elementarsten Interessen der Arbeiterschaft. Die zugleich erfolgende Schädigung der sozialen Fürsorge durch Beitragsausfall und missbräuchlich ungerechtfertigte Leistungen, die Minderung des steuerlichen Aufkommens und die Zerrüttung der öffentlichen Moral aus egoistischem Eigennutz wird als Sabotage der Wiederaufbauarbeit betrachtet und entsprechend geahndet werden müssen. Wer Schwarzarbeit bekämpft, schafft wirkliche Arbeit, daran und nur daran ist die Arbeiterschaft interessiert. Daß die Amtswalter der Arbeiterverbände daher mit besonderem Nachdruck den Kampf gegen unsoziale Schwarzarbeit führen werden, entspricht dem Grundsatz: Gemeinnutz geht vor Eigennutz!

Handsteinischlag zum Straßenbau

Nach Mitteilung des Preussischen Pressedienstes haben die preussischen Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, für Wirtschaft und Arbeit und der Reichsverkehrsminister an die nachgeordneten Behörden einen Runderlaß herausgegeben, der bei der Ausführung von Straßenbauarbeiten in großem Umfange Handsteinischlag an Stelle von Maschinensteinischlag empfiehlt. Es soll durch die Zurückdrängung der Maschine erreicht werden, daß eine größere Zahl von Arbeitslosen eingestellt werden kann. Es ist nicht beabsichtigt, die Maschine tunlichst auszuschalten, aber um eine größere Zahl von arbeitslosen Volksgenossen wieder Lohn und Brot zu geben, soll der Handsteinischlag nach Möglichkeit bevorzugt werden.

Der Runderlaß heißt: „Um die Bestrebungen der Reichsregierung auf erhöhte Beschäftigung von Arbeitskräften zu unterstützen, wird in Vorschlag gebracht, bei der Ausführung von Straßenbauten aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm in größerem Umfange Handsteinischlag an Stelle von Maschinensteinischlag zuzulassen. Die Hinzuziehung neuer Brühe kommt nicht in Frage, vielmehr soll nur bei den bisher bewährten Lieferanten diese veränderte Herstellung weitgehend gefördert werden. Hierbei wird vorausgesetzt, daß

Dieser Bericht, der den Zeitraum vom 16. bis 31. Juli 1933 umfaßt, hat inzwischen eine weitere Belegung erfahren. Inzwischen konnte Ostpreußen seine völlige Befreiung vom Arbeitslosenheer melden, darüber hinaus für Arbeitslose aus anderen Gegenden Deutschlands noch Stellen beschaffen. Die weiteren Berichte aus Deutschlands Gauen lassen ebenfalls ein Sinken der Erwerbslosenziffern in beträchtlichem Umfange erkennen. Pommern hat sein Arbeitslosenheer auf ein Drittel seines ursprünglichen Umfangs vermindert. Dabei konnten sämtliche Neueinstellungen zum vollen Tariflohn erfolgen. Obwohl der Bau des Rügendamms noch nicht begonnen wurde, meldet die Insel Rügen keine Arbeitslosen mehr. Wenn auch in den Städten mitunter das Tempo der Unterbringung der Erwerbslosen etwas langsamer vor sich geht, so hat doch die Stadt Stettin die Zahl der Unterstützungsempfänger um ein Drittel vermindern können. In Greifswald ist die Zahl von 7900 auf 1500 herabgesunken, Stargard meldet nur noch 1250 Erwerbslose von ehemals 6500.

Mit gleichem Erfolg schreitet die Unterbringung unserer erwerbslosen Volksgenossen im Bezirk Brandenburg-Berlin vorwärts, es konnten insgesamt 300 000 in den Arbeitsprozess eingeschaltet werden.

Im Landkreis Düsseldorf-Mettmann hat man von insgesamt 18 000 Arbeitslosen 6000 unterbringen können, weitere 6000 erhalten in der Zeit vom September bis März 1934 Arbeit zugewiesen, ein Plan, der nur durch die Energie unserer Führer seine Verwirklichung finden wird.

Neben Ostpreußen ist nun auch die Freie Stadt Danzig vollständig frei von Arbeitslosen geworden. Selbst die Landkreise dieses Gebietes melden daselbe Ergebnis.

In dem Moment, wo diese Zeilen geschrieben werden, sind die Ergebnisse teilweise wieder überholt. Eine Meldung jagt die andere und immer wieder muß festgestellt werden, daß die Anstrengungen nicht umsonst gewesen sind, die furchtbare Geißel unseres Deutschen Volkes — die Arbeitslosigkeit — mit Stumpf und Stiel auszurotten. Auf, zu weiterem Kampf in der Arbeitschlacht!

der von Hand hergestellte Schotter hinsichtlich seiner Güte, seiner Abmessungen usw. den allgemeinen Bedingungen entspricht, und daß auch in preislicher Hinsicht keine Schwierigkeiten entstehen. Schließlich darf die zur Zeit noch bestehende ungünstige Beschäftigungslage nicht durch stoßartig einsetzende Abrufe erschwert werden, vielmehr ist auf einen gleichmäßigen Abruf der Lieferungen Bedacht zu nehmen.“

Warum Wochenlöhne?

Von Franz Goerrig

Zu den Programmpunkten der Deutschen Arbeitsfront und des ständischen Aufbaues gehört die Ablösung der Stundenlöhne durch Wochenlöhne. So betont der Führer der Deutschen Arbeitsfront, Dr. Ley, in seiner Abhandlung „Ständischer Aufbau und Deutsche Arbeitsfront“ (Der deutsche Techniker, 1933, Heft 2, S. 34):

„Der (von der Deutschen Arbeitsfront vorgesehene) Reichsrahmentarif setzt fest, daß jeder Deutsche ein Mindesteinkommen haben muß, damit er leben kann. Wer unter diesem Mindestlohn Menschen beschäftigt, wird bestraft.“

Wenn der Reichsrahmentarif von einem Mindestlohn spricht, so muß er selbstverständlich vom Stundenlohn abgehen und an seine Stelle den Wochenlohn setzen. Denn es ist gleichgültig, wie die Praxis erwiesen hat, wieviel Stundenlohn jemand erhält, wenn er in der Woche nur eine oder zwei Stunden Arbeit leistet.“

Man begegnet sowohl in Arbeitnehmer- als auch in Arbeitgeberkreisen nicht selten der Auffassung, als ob ein solcher Übergang vom Stunden- zum Wochenlohn in sozial- und wirtschaftspolitischer Beziehung ein Rückschritt, ein Rückfall in „überwundene“, „patriarchalische“ Zeiten bedeuten würde.

Der Arbeitnehmer verbindet recht oft mit dem Begriff „Wochenlohn“ den Gedanken an übermäßig lange Arbeitszeiten ohne Überstundenvergütung. Der Arbeitgeber denkt meist an „Wochenfeiertage, Ausfallstunden, Kurzarbeit, Betriebsstörungen usw.“ und überlegt, ob nach Einführung von Wochenlöhnen noch Raum ist für die bekannte Tarif- und Arbeitsordnungsklausel: „Bezahlt wird nur die Zeit, in der tatsächlich gearbeitet worden ist.“ Der Arbeitsrichter und Sozialpolitiker aber erinnert sich der Unsumme von Prozessen, Urteilen und Rechtsauffassungen betreffend Überstundenvergütungen und zur Frage des Betriebsrisikos, d. h. zu der Streitfrage, ob das Risiko von Betriebsstörungen, Betriebsunterbrechungs- und Arbeitsverhinderungszeiten zu Lasten des Arbeitgebers (in Form einer Lohnfortzahlungspflicht) oder zu Lasten des Arbeitnehmers (in der Gestalt der Kürzung der Arbeitsvergütung) geht.

So stellt sich tatsächlich die Frage: „Stunden- oder Wochenlohn?“ als eine der wichtigsten Fragen der künftigen Sozial- und Tarifpolitik überhaupt dar. Die unterschiedliche Beantwortung dieser Frage durch die Arbeitsfront und die früheren Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände kennzeichnet zugleich die grundsätzliche Verschiedenheit der nationalsozialistischen und der durch den Nationalsozialismus abgelösten Sozial- und Wirtschaftsauffassung.

Das bisherige Stundenlohnsystem stellt ein merkwürdiges Gemisch liberalistischer und marxistischer Auffassung und Betätigung dar. Professor Dr. Ritsch charakterisiert dies in

seinen „Gedanken zur Neuordnung des Arbeitsverhältnisses“ (Arbeitsrecht 1933, Heft 7, S. 354 ff.) treffend wie folgt:

„Der Liberalismus sah in dem Arbeitnehmer den Eigentümer der Ware Arbeitskraft, dessen vornehmstes Bestreben es sein müsse, diese seine Ware auf dem Arbeitsmarkte so teuer wie möglich zu verkaufen. Diese Wendung von dem Verkauf der Ware Arbeitskraft ist auch heute noch nicht nur in der nationalökonomischen Wissenschaft durchaus gebräuchlich, sondern beherrschte auch bis in die letzte Zeit weitgehend die Vorstellungswelt der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und ihrer Führer, wenn auch die einsichtigeren unter ihnen sich allmählich von ihr abzukehren begannen. Die Arbeitskraft als Ware — das ist, da die Arbeitskraft von ihrem Träger schlechthin nicht zu trennen ist, der Mensch als Ware. Ich möchte wissen, wie viele von den Unzähligen, die gedankenlos ihre Arbeitskraft ‚verkauft‘ haben, ein Gefühl für die unwürdige Rolle hatten, die sie sich dabei selbst zu diktierten.“

Seltenerweise entstammt diese Vorstellung, die den Arbeitnehmer in die Nähe des Sklaven rückt, gerade der Reaktion gegen die persönliche Gebundenheit, in die jede Arbeit in fremden Diensten den Arbeitnehmer notwendig versetzt ...

Diese Auffassung des Dienstverhältnisses schien mit dem Ideal der allgemeinen Freiheit und Gleichheit, auf dem der Liberalismus beruhte, nicht mehr vereinbar zu sein. Auch freiwillig sollte der Arbeitnehmer sich nicht mehr in die Gewalt des Arbeitgebers begeben. Gleichberechtigt sollten sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer bei der Durchführung wie beim Abschluß des Arbeitsvertrags gegenüberstehen, nicht anders als Käufer und Verkäufer. Da aber das Recht, über fremde Arbeitskraft zu verfügen, unweigerlich dem Berechtigten ein Übergewicht über den Träger der Arbeitskraft verleiht, setzte sich der Gedanke durch, daß der Arbeitnehmer sich nur zu einzelnen, fest abgegrenzten Arbeitsleistungen verpflichtet, darüber hinaus aber nichts zu leisten habe.

Die sehr bald spürbare Folge dieser Entwicklung war eine erschreckende Entpersönlichung des Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Hatte sich der Dienstnehmer in früherer Zeit für verpflichtet angesehen, das Beste seiner Herrschaft in jeder Weise zu fördern, Schaden aber nach Möglichkeit von ihr abzuwenden, so hielt er jetzt seine Verpflichtungen für erledigt, wenn er die vereinbarte Zeit abgearbeitet hatte. Fühlte sich der Arbeitgeber ebendamals für seine Leute in gewisser Weise verantwortlich, suchte er sie auch in schlechten Zeiten durchzuhalten und sorgte er in Krankheitsfällen für sie, so ging er jetzt derartigen ‚Lasten‘ möglichst aus dem Wege ...

So kann es nicht wundernehmen, daß die Kluft zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern größer und größer wurde. Der Marxismus hat nichts getan, sie zu überbrücken oder gar zu schließen ...

Daß diese Auffassung den tatsächlichen Verhältnissen nicht gerecht wird, sollte eigentlich einleuchten. Sie zerreiht ein als einheitlich gewolltes Dauerverhältnis in eine Summe einzelner Erfüllungshandlungen. Sie verkennet die wahre Absicht der Beteiligten, die nicht dem Arbeitgeber einen Anspruch auf eine bestimmte Zahl einzelner Arbeitsleistungen, sondern die Verfügung über die Arbeitskraft des Arbeitnehmers einräumen wollen. Sie ertötet aber auch (und das ist das Schlimmste) das Gefühl für die Verbundenheit des Arbeitnehmers mit seinem Betriebe. Der Arbeitnehmer kann auf diese Weise mit Recht glauben, daß er nur seine tägliche Arbeitszeit auszuarbeiten brauche, um aller weiteren Verpflichtungen ledig zu sein. Läßt sich das notwendige Arbeitspensum in der normalen Arbeitszeit nicht bewältigen, so mag der Arbeitgeber sehen, wie er damit fertig wird ...

Der Arbeiter wird infolgedessen von jedem zufälligen Arbeitsausfall an seiner empfindlichsten Stelle betroffen, und wenn es dem Arbeitgeber auch selbstverständlich nicht gestattet ist, durch willkürliche Herabsetzung der Arbeitszeit den Arbeitsverdienst zu schmälern, so bleiben doch immer noch Fälle genug, in denen der Arbeiter eine solche Einbuße tragen muß. So kann es z. B. vorkommen, daß zu Weihnachten, also zu einer Zeit, wo der Lebensbedarf im allgemeinen steigt, der Lohn infolge des Zusammentreffens von Wochenfeiertagen auf zwei Drittel oder die Hälfte des normalen Betrages sinkt.

Daß eine solche Regelung nicht gerade geeignet ist, Zufriedenheit und ein Gefühl der Sicherheit hervorzurufen, die eine Grundbedingung der Arbeitsfreude bilden, daß sie auch den ständig in einem Betriebe Beschäftigten im Punkte des Lohnes mit dem Gelegenheitsarbeiter auf eine Stufe stellt, dürfte einleuchten.“

Gerade die letzten schweren Krisenjahre haben deutlich gezeigt, daß die als Vorteile des Stundenlohnsystems hingestellten Auswirkungen — Beschränkung der Dienstleistungspflicht auf feste Stundenzahlen, Erfassung und Sonderbezahlung jeder einzelnen Arbeitsstunde — zum Nachteil der Arbeitnehmer mehr als aufgewogen wurden durch die Lohnausfälle bei Kurzarbeit, Wochenfeiertagen, Betriebsstörungen, Arbeitsverhinderungen usw. und durch Verschärfung der Gegenläufe zwischen dem Arbeitgeber und seinen Arbeitnehmern.

Demgegenüber will der nationalsozialistische ständische Aufbau, wie z. B. Dr. Frauendorfer, der Leiter des Reichsamtes für ständischen Aufbau in seinem Aufsatz „Ständische Volksorganisation“ („Der Deutsche“ 1933, Nr. 187 vom 12. August 1933) betont:

„Jedem einzelnen deutschen Menschen das Gefühl der Sicherheit, der Volksgemeinschaftlichen Zusammengehörigkeit und der Notwendigkeit verständnisvoller wirtschaftlicher Zusammenarbeit wiedergeben.“

Haben Sie schon den **„Deutschen“** die Tageszeitung der Deutschen Arbeitsfront, Herausgeber Dr. Rob. Ley, bestellt?
Erscheint sechsmal wöchentlich. Bezugspreis durch die Post 2,70 M. monatlich

Bei der Verwirklichung dieses Planes wird sich der Übergang vom Stunden- zum Wochenlohnssystem zweifellos als ein äußerst wertvolles und zweckmäßiges Mittel erweisen. Schon in seinem Urteil vom 30. April 1928 Nr. RAG 113/27 stellte das Reichsarbeitsgericht zutreffend fest:

„Der Arbeitnehmer will und muß, von besonders gearteten Ausnahmefällen abgesehen, in der Regel wissen, wieviel sein Tages- oder Wochenarbeitsverdienst beträgt, um seine Ausgaben mit seinen Einnahmen in Einklang zu setzen.“

Erst diese Gewißheit gibt dem Arbeitnehmer ein Gefühl der Sicherheit für sich und seine Familie und erst diese Sicherheit schafft Zufriedenheit, fördert die Arbeitsfreude, hebt die Leistungsfähigkeit und erleichtert den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft.

Auch das Zusammengehörigkeitsgefühl zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber, die Verbundenheit der Arbeiter mit dem Betrieb und die wirtschaftliche Zusammenarbeit wird wesentlich gefestigt, wenn an die Stelle des entfernenden Stundenabrechnungssystems der Grundsatz der Wochenlöhne tritt und der Kampf um jede einzelne Ausfall- und Überstunde aufhört.

Gewiß werden manche kleinere Übergangs- und Durchführungsschwierigkeiten zu überwinden sein. Der Arbeitnehmer wird auf eine kleinliche Arbeitszeitberechnung und Überstundenabrechnung verzichten und der Arbeitgeber von Lohnabzügen für Ausfallstunden Abstand nehmen müssen.

Diese praktische Verwirklichung des Volks- und Betriebsgemeinschaftsgedankens wird aber beiden Teilen erleichtert werden durch die Erfahrungstatsache, daß sich Ausfall- und Überstunden bei vernünftigen Regelungen durchweg ausgleichen werden und daß für Auswüchse nach der einen oder anderen Seite hin nach Durchführung des ständigen Aufbaues überhaupt kaum mehr Raum gelassen werden wird.

Der künftige Wochenlohn soll deshalb zugleich Ausdruck der neuen berufsständischen Auffassung sein, von der Dr. Ley in der Tageszeitung „Der Deutsche“ 1933/188 vom 13. August 1933 sagt:

„Man steht als Berufsmensch in einem Wirtschaftsstand und sucht sich hier sein Brot und seine Existenz, und dieser Stand muß für die Existenz des Menschen sorgen. Das ist ein gegenseitiger Vertrag. Einmal hat der Stand für mich zu sorgen, da er an meinem Wohlergehen ein Interesse hat, zum anderen habe ich für den Stand zu sorgen, da ich am Wohlergehen dieses Standes ein Interesse habe.“

Sozial-, wirtschafts- und rechtspolitisch dürfte sich der Übergang vom Stunden- zum Wochenlohn zweifellos sehr günstig auswirken.

Die Arbeiter und ihre Familien können ihre Haushaltsführung auf ein viel gleichmäßigeres Niveau abstellen. Die Kaufkraft wird auf einer festen Grundlage ausgeglichen, damit der Arbeitsmarkt vor Schwankungen mancherlei Art geschützt. Die Arbeitsstabilität werden erheblich abnehmen, wie sich schon jetzt aus der Tatsache ersehen läßt, daß in den Wirtschaftszweigen, die mehr oder weniger den Wochenlohn festgehalten haben — wie z. B. die Brauindustrie und im Großhandel — arbeitsrechtliche Streitigkeiten viel weniger zahlreich aufgetreten sind als in Wirtschaftszweigen mit Stundenlohnprinzip.

Auch betriebswirtschaftlich stehen dem Übergang vom Stunden- zum Wochenlohnssystem Bedenken nicht entgegen.

Der Betrieb muß zwar beim Wochenlohnssystem Ausfallstunden einkalkulieren; mit solchen Ausfallstunden wird aber ja auch bei allen anderen Unkostenposten (Maschinen usw.) kalkuliert. Außerdem werden erfahrungsgemäß Ausfallzeiten durch größere Arbeitsfrische in den verkürzten Arbeitszeiten zu erheblichen Teilen wieder eingeholt und die etwa übrigen geringen Einbußen werden zweifellos ausgeglichen durch größere Stetigkeit und Zufriedenheit der Belegschaften und freudigere Zusammenarbeit.

Daß endlich auch das Kurzarbeiterisiko dem Übergang vom Stunden- zum Wochenlohn nicht entgegenzusetzen braucht, beweist eine freiwillige Regelung bei den Bayerischen Stickstoffwerken, über die die Tagespresse am 7. August 1933 folgendes berichtete:

„Die Bayerischen Stickstoffwerke A.-G. haben auf ihrem Werk in Piesferich mit ihrer Belegschaft ein Abkommen geschlossen, das die Belegschaft gegen die Nachteile von Konjunktur- und Saisonchwankungen sichert. In diesem Werk, das im Laufe eines Jahres bisher Hunderte von Arbeitern einstellte und sie dann wieder entlassen mußte, wird die Arbeit so eingeteilt, daß nicht im Wochendurchschnitt, sondern im Jahresdurchschnitt jeder Arbeiter die 40-Stunden-Woche durchführt und auf dieser Grundlage seinen Arbeitsplatz gesichert erhält. Jeder Arbeiter bekommt ohne Rücksicht auf seine Anwesenheit im Werk wöchentlich einen bestimmten Wochenvorschuß, während das Einkommen monatlich genau abgerechnet wird. Kann er in der flauen Zeit weniger arbeiten als es dem Durchschnitt des Jahres entspricht, so streckt ihm das Werk zur Aufrechterhaltung des Existenzminimums das notwendige Einkommen vor. Diese Vorschüsse werden durch den Überschuß guter Monate allmählich abgedeckt, jedoch so, daß dem Arbeiter — und darin liegt ein vertrauensvolles Entgegenkommen des Werkes — keine Beträge vorsorglich einbehalten werden. Die Belegschaft erklärte sich einmütig mit der Regelung einverstanden und betonte ihr Vertrauen zu dieser Art neuer Gemeinschaft.“

Jedes organisierte Mitglied hat bei seinem alten Verbands zu bleiben, bis nähere Richtlinien seitens des Organisationsamtes ergehen.

Es ist also zum Beispiel verboten, daß der Deutsche Arbeiterverband des Baugewerbes versucht, Einzelmitglieder und Ortsgruppen des Deutschen Steinarbeiter-Verbandes zu sich hinüberzuziehen.

Zu widerhandlungen sind mir sofort anzuzeigen, damit ich die betreffenden Amtswalter beim Gesamtverband melden kann. Piontek, Verbandsleiter.

Betr. Schriftverkehr mit der Verbandsleitung

Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß bei allen Anfragen der Dienstweg einzuhalten ist, d. h. daß zunächst die Ortsgruppenleitung zuständig ist, dann der Kreisleiter bzw. Bezirksleiter des Deutschen Steinarbeiter-Verbandes. Wenn von diesen Dienststellen trotz Anmahnung keine Antwort zu bekommen ist, darf erst die Verbandsleitung in Anspruch genommen werden.

Zur Zeit erhält die Verbandsleitung täglich Hunderte von Briefen, die nichts weiter enthalten als Anfragen, die bei besserem Studium der Verbandszeitung überflüssig wären. Bei dem kleinen Mitarbeiterstab in der Leitung ist es unmöglich, auf Eingaben zu antworten, die zu erledigen Sache des Ortsgruppenleiters bzw. Kreisleiters ist.

Nur bei Abrechnungsangelegenheiten ist bei der Verbandsleitung direkt anzufragen.

Die Verbandsleitung setzt so viel Disziplin von Amtswaltern und Mitgliedern voraus, daß diese Anordnungen in Zukunft beachtet werden. Piontek, Verbandsleiter.

Betr. Führungszeugnisse, Lichtbilder usw.

Lichtbilder, Leumundzeugnisse, polizeiliche Führungszeugnisse sind in Zukunft nur auf Anforderung der Verbandsleitung hin einzusenden.

Piontek, Verbandsleiter.

Betr. Aufnahmescheine

Da immer wieder Aufnahmescheine direkt an die Verbandsleitung eingehandt werden, weisen wir nochmals auf unsere Bekanntmachung im „Steinarbeiter“ Nr. 31 hin, in der klar gesagt wurde, daß die Aufnahmescheine wöchentlich an die Verbands-Bezirksleiter (nicht an die Zentrale!) einzusenden sind. Diesen Aufnahmescheinen muß eine Liste in dreifacher Ausfertigung beiliegen, die möglichst mit der Schreibmaschine geschrieben sein soll, und die Namen sowie die näheren Angaben der beiliegenden Aufnahmescheine enthalten muß. Piontek, Verbandsleiter.

Betr. Kalender der Deutschen Arbeit

Der Führer des Gesamtverbandes der Deutschen Arbeiter, Pg. W. Schuhmann, Preuß. Staatsrat, gibt erstmalig in diesem Jahre den „Kalender der Deutschen Arbeit“ heraus. Die bekanntesten Parteigenossen sind Mitarbeiter; außerdem ist der Kalender mit reichem Bilder Schmuck, den die G. L. und der bekannte Pressephotograph Hoffmann geliefert hat, versehen. Die Wiedergabe erfolgt auf bestem Papier. Der Kalender enthält erstmalig ein würdiges Denkmal aller gefallenen Kämpfer für die Bewegung, ihre Namen sind im Kalendarium festgehalten. Das Kalendarium enthält außerdem wichtige geschichtliche Daten und Raum für Vormerkungen. — Den farbigen Umschlag hat ein Künstler entworfen, er stellt das Symbol der deutschen Arbeit dar. Kurz, das Werk, etwa 300 Seiten stark, hat bleibenden Wert und muß in jeder deutschen Familie zu finden sein. Der Preis beträgt nur 50 Pf. je Exemplar.

Der Kalender für 1934 ist ab 1. Oktober 1933 lieferbar. Bestellungen sind ortsgruppenweise über die Kreisleiter und Verbandsbezirksleiter an die Verbandsleitung gesammelt einzusenden.

Der Reinertrag aus diesem Kalender fließt in die Spende der nationalen Arbeit, damit er wieder Arbeit schaffe.

Bedarfmeldungen müssen spätestens bis 15. September bei der Verbandsleitung eintreffen. Piontek, Verbandsleiter.

Betr. Rentenstreitigkeiten

In allen Unfallversicherungs- und Rentenstreitigkeiten haben sich die Ortsgruppen in Zukunft stets an ihre Verbandsbezirksleiter zu wenden, die ihnen einen geeigneten Parteigenossen als Berater zur Verfügung stellen.

Betr. Materialbestellungen

Aufnahmescheine und Interimskarten werden von uns nunmehr nur noch den Verbandsbezirksleitern zugestellt, die sie auf die einzelnen Ortsgruppen und Kreisleitungen zur Verteilung bringen. Bestellungen dieser Art sind also nur noch an die zuständigen Verbandsbezirksleitungen zu richten.

Durch Herausgabe neuer Invalidenantragsformulare, sowie Erwerbslosenmeldeformulare sind die alten mit dem Aufdruck „Zentralverband d. St. Dtsch.“ nicht mehr zu verwenden. Die neuen Formulare sind den Bezirksleitern bereits zugestellt worden und sind gleichfalls nur von diesen zu beziehen. Alles weitere Material befindet sich im Augenblick noch im Druck und wird nach Fertigstellung den Bezirksleitern zur Verteilung an die Kreisleitungen und Ortsgruppen zugestellt werden.

Betr. verlorenegegangene Mitgliedsbücher

In letzter Zeit mehren sich die Fälle, in denen die Ortsgruppen zu Dutzenden über verlorenegegangene Mitgliedsbücher berichten. Eine einfache Bestätigung des Ortsgruppenfinanzwartes genügt nicht, die Rechtmäßigkeit solcher Angaben unter Beweis zu stellen. Bei der Anforderung von Ersatzbüchern sind in jedem Falle von der Ortsgruppe die Angaben genauestens zu prüfen (an Hand Hilfskassiererbücher, Unterstüßungsbelege usw.), und nur in zweifelsfreien Fällen an die Verbandsleitung weiterzuleiten.

Adler, Verbandschriftwart.

Betr. Wiederaufnahme

Mit dem 31. Juli 1933 haben die Amnestiebestimmungen ihren Abschluß gefunden und sind Anträge betreffs Wiederaufnahme in den Verband nicht mehr zulässig. Ab 1. August 1933 kommt lediglich nur noch Neuaufnahme in Frage.

Betr. Zeitungsbestellungen

In letzter Zeit häufen sich die Fälle, daß bei Zeitungsbestellungen irgendwelche Anzahl bestellt wird, die am nächsten Tag wieder eine Abänderung erfährt. Bei der Bestellung ist unbedingt nur die tatsächliche Mitgliederzahl maßgebend, die Zahl darf höchstens um 5 Prozent über der benötigten Anzahl liegen. Der „Steinarbeiter“ ist Verbandsvermögen und dementsprechend sorgsam zu verwalten. Das gleiche gilt für das „Arbeitertum“. Die volle Belieferung aller Mitglieder kann infolge der Kosten nicht mehr durchgeführt werden, es soll daher ein Austausch unter den Mitgliedern stattfinden, damit jeder das „Arbeitertum“ lesen kann. Für jede Ortsgruppe ist mir auf alle Fälle nur eine Empfangsstelle zu melden, damit der Versand übersichtlich bleibt.

Betr. Bestellung des „Deutschen“

Die Tageszeitung „Der Deutsche“ ist nur noch bei dem zuständigen Postamt zu bestellen. Bei der Verbandsleitung eingehende Bestellungen werden an die Besteller zurückgeschickt. Hoerisch, Verbandspresswart.

Mitteilungen aus den Bezirken u. Ortsgruppen

Großlungendorf. Am 29. August 1933 um 17 Uhr findet in Koczni's Gasthaus eine Sachversammlung statt. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

Kreisleitung Grünberg/Schles. Sämtliche Erwerbslosen der Ortsgruppen Grünberg, Nittrich, Reinberg, Ergan haben sich sofort bei ihren Ortsgruppenleitern, resp. Finanzwarten zu melden. Es ist dies betreffs der Arbeitsvermittlung unbedingt notwendig. Schulz, Kreisleiter.

Heppenheim a. d. Bergstr. Jeden Sonntag von 10 bis 11 Uhr vormittags können Verbandsangelegenheiten bei dem Ortsgruppenfinanzwart, Pariser Gasse 10, erledigt werden. Invalidenunterstützung wird jeden Sonntag vor und nach dem 15. jeden Monats zwischen 10 und 11 Uhr ausgezahlt. Zeiten sind genau einzuhalten.

Wajewalk. Am Sonntag, den 17. August 1933, findet im Gasthof zur Börse (Schulz), am Markt, um 14 Uhr, Mitgliederversammlung statt. Erscheinen ist Pflicht.

Wernswig. Am Sonntag, den 28. August 1933, nachmittags 15 Uhr, Monatsversammlung bei Gastwirt Friz Stemmler. Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist Pflicht.

Ober-Wülfersdorf. Am Sonnabend, den 26. August 1933, 17 Uhr nachmittags, bei Scharf, Mitgliederversammlung.

Gestorben

Berlin. Am 23. Juni 1933 der Steinfeger Ernst Wittig in Berlin an Herzmuskellähmung. Alter 87 Jahre. (Nachträglich gemeldet.)

— Am 1. August 1933 der Schleifer Otto Dipka an einem Magenleiden. Alter 70 Jahre.

— Am 3. August 1933 der Schleifer Gustav Gabriel an Herzschwäche. Alter 69 Jahre.

Dortmund. Am 11. August 1933 der Hilfsarbeiter Michael Dreßius an Lungenbrand. Alter 50 Jahre.

Flensburg. Am 18. Juni 1933 der Steinschläger Franz Holak infolge Nervenlähmung. Alter 46 Jahre. (Nachträglich gemeldet.)

Frankfurt/D. Am 23. Juni 1933 der Hammer Gustav Schubel infolge Lungenleidens. Alter 45 Jahre. (Nachträglich gemeldet.)

Königshain/D.-Laus. Am 6. Juli 1933 der Invalide Heinrich Rupprecht, an Herzschlag. Alter 66 Jahre. (Nachträglich gemeldet.)

Vörrach/Bad. Am 21. Juli 1933 der Steinmetz Johann Bögeler in Weil/Bad. infolge eines Blutsturzes. Alter 56 Jahre. (Nachträglich gemeldet.)

Pirna/Sa. Am 19. Juli 1933 der Brecher Karl Feilrich an Steinstaublunge. Alter 59 Jahre. (Nachträglich gemeldet.)

Regensburg. Am 31. Juli 1933 der Steinmetz Paulus Rögler an Staublunge. Alter 60 Jahre.

Striegau. Am 16. Juli 1933 der Steinmetz G. Reformat in Berlin infolge Lungenleidens. Alter 56 Jahre. (Nachträglich gemeldet.)

Steinach/Thür. Am 11. Juli M. Sesselmann in Hildburghausen an Tuberkulose. Alter 57 Jahre. (Nachträglich gemeldet.)

Sachkundige Verbandsmitglieder (Pgg. oder NSBD-Mitglieder), die glauben, organisatorische Fähigkeiten zu besitzen und in der Lage sind, an der Verbandszeitung mitzuarbeiten, werden ersucht, umgehend ihren ausführlichen Lebenslauf mit Zeugnisabschriften, Lichtbild, Nachweis ihrer politischen Betätigung usw. an die Verbandsleitung, Berlin W 9, Königin-Augusta-Straße 12, einzusenden. Der Briefumschlag ist mit der Aufschrift „Bewerbung“ zu versehen.

Verlag und Herausgeber: Deutscher Steinarbeiter-Verband, Berlin W 9, Königin-Augusta-Straße 12. — Verantwortlich für die Schriftleitung: Armin Hoerisch, Berlin W 9, Königin-Augusta-Straße 12. — Druck: Buchdruckwerkstätte G. m. b. H., Berlin SW 61, Dreibundstraße 5.

Verbandsamtliche Mitteilungen

Erst durchlesen — dann anfragen!

Sondermitteilung.

Laut Mitteilung des Gesamtverbandes der Deutschen Arbeiter vom 4. August 1933 ist es verboten, daß ein Verband Mitglieder eines anderen Verbandes wirbt und aufnimmt.